

stisch eingestellt sind und daß es nicht zuletzt deren Einfluß auf die Massen ist, der eine starke Gegenkraft gegen den Kommunismus darstellt — ein Faktor, der bei der Anwendung der eingangs erwähnten Domino-Theorie oft nicht genügend Beachtung findet.

Die Fülle der Namen, Schicksale und Entwicklungen, die in den dreizehn Beiträgen dieses Buches beschrieben werden, verbietet eine Würdigung im einzelnen. Doch jedem, der sich mit den politischen Parteien Asiens und ihrer Stellung zur Verfassung zu beschäftigen hat, werden diese Beiträge nicht nur wertvolle Erkenntnisse vermitteln; der Sammelband wird darüber hinaus auch für absehbare Zeit eine Funktion als Handbuch über den Kommunismus in Asien erfüllen.

Dr. Bernhard Großmann, Hamburg

GEORGE R. PACKARD III

Protest in Tokyo — The Security Treaty Crisis of 1960

Princeton University Press, Princeton, N. J., 1966; XIV, 423 S., Preis \$ 9.00

Im Frühjahr und im Frühsommer des Jahres 1960 richtete die Welt ihre Blicke auf Japan, nachdem Protestdemonstrationen in Tokio gegen den Abschluß eines neuen amerikanisch-japanischen Sicherheitsvertrages zum Rücktritt des Ministerpräsidenten Kishi und zur Absage des Staatsbesuches von Präsident Eisenhower in Japan geführt hatten. Die Weltpresse rätselte damals an den Vorgängen auf der japanischen Szene herum. So fragte die „New York Times“ vom 21. Juni 1960 nach dem künftigen Weg der japanischen Demokratie, deren Grundfesten die „Neue Zürcher Zeitung“ vom 24. Juni 1960 erschüttert sah. Für diese Zeitung stand auch außer Frage, daß jene Demonstrationen „von Peking und Moskau“ gesteuert waren. Nachdem sich jedoch die damaligen Unruhen gelegt hatten, wandten sich unsere Nachrichtenorgane anderen Ereignissen zu und hielten es nicht für nötig, den Hintergründen der Tokio-

ter Demonstrationen nachträglich besondere Aufmerksamkeit zu schenken. Darum ist jedoch bei vielen Lesern der damaligen Zeitungsmeldungen — vielleicht unbewußt — das Gefühl zurückgeblieben, daß man sich auf die japanische Demokratie nicht verlassen könne. Da der amerikanisch-japanische Sicherheitsvertrag im Jahre 1970 ausläuft und wahrscheinlich erneuert werden wird, ist es gut, sich der Demonstrationen von 1960 wieder zu erinnern. Auch angesichts der Proteste, mit denen japanische Studenten die Reise des Ministerpräsidenten Sato nach Südostasien im Herbst 1967 begleiteten, ist daher jetzt die rechte Zeit, die Untersuchung Packards in die Hand zu nehmen, um eine Vorstellung von den Kräften und Strömungen in der japanischen Innenpolitik zu gewinnen, die zu jenen turbulenten Tagen im Jahre 1960 führten.

Mit Recht hält der Verfasser die Überraschung, die jene Demonstrationen außerhalb Japans auslösten, für ein Zeichen unserer noch im Primitiven stekenden Kenntnisse über die japanische Politik (S. VI). Und wenn ein kürzlich erschienener Japan-Reiseführer den damals tonangebenden Dachverband der japanischen Studentenvereinigungen Zengakuren für einen „jungen Hetzredner der Linken“ hält¹, so zeigt dies besonders deutlich den beklagenswerten Mangel an Wissen um die innenpolitischen Verhältnisse Japans.

Gerade die Funktion des Zengakuren ist allzu oft verkannt worden. Der Verfasser zeigt sehr klar die Uneinigkeit innerhalb der japanischen Linksparteien, die letzten Endes ein wesentlicher Grund auch dafür ist, daß die Sozialistische Partei Japans keine überzeugenden Wahlerfolge zu erringen vermag. Der Zengakuren stand damals im Gegensatz zur Kommunistischen Partei Japans, und es konnte wahrhaftig von einer Steuerung durch Moskau und Peking keine Rede sein, wenn beispielsweise der frühere Kommunist, heute aber reiche Geschäftsmann Seigen Tanaka aus Bewunderung für den konsequenten Kampf gegen die KPJ des Zengakuren diesen

¹ Nagels Reiseführer Japan. Genf, Paris, München 1965, S. 529.

während der Demonstrationen finanziell unterstützte (S. 223 f.). Packard sieht denn auch in den Demonstrationen eher ein Zeichen für den Wunsch der japanischen Jugend nach Unabhängigkeit von jeder fremden Bevormundung — und zwar sowohl durch Washington als auch durch Moskau und Peking (S. 336). Insofern sind die Demonstrationen einzuordnen in die von manchem Beobachter bestätigte Entwicklung eines neuen japanischen Nationalismus (S. 334). Es ist deshalb verständlich, wenn die Vorgänge des Jahres 1960 von vielen japanischen Gelehrten als das wichtigste politische Ereignis seit der Wiederherstellung der japanischen Souveränität nach 1945 gewertet werden (S. 327).

Erst allmählich erkennt man heute, daß gerade in Asien mit seiner langen Geschichte die Besinnung auf die eigene Überlieferung und der Nationalismus die natürlichen Verbündeten des Westens sind. Daß die Gefahr, den Nationalismus an die Seite des Kommunismus zu treiben, wenn wir ihn mißverstehen, sehr groß ist, ist eine der Erkenntnisse, die wir auch aus Packards Buch ziehen können. Wer diese Zusammenhänge sieht, der wird auch gut verstehen, daß der Verfasser die Ansicht vertritt, daß sich die Japaner, auch wenn sie sich persönlich von den Ereignissen des Jahres 1960 ferngehalten haben, seitdem mehr ihrer Souveränität bewußt geworden sind, daß ihre Selbstachtung gestiegen ist und daß sie mit mehr Vertrauen in ihre Zukunft blicken (S. 338). Dies liegt aber nur im Interesse der westlichen Politik, deren wichtigster Verbündeter in Asien kein von Militär beherrschter Staat, sondern nur das ökonomisch hoch entwickelte Japan sein kann.

Das Packardsche Buch vermittelt auch interessante Einblicke in andere wichtige politische Erscheinungen Japans, so in den Fraktionismus der Regierungspartei (S. 304) oder die Problematik, die im Einfluß der Massenkommunikationsmittel auf die Meinungsbildung liegt (S. 45 f.). Einen sehr wichtigen Hinweis gibt der Verfasser mit seiner Feststellung, daß die japanische Öffent-

lichkeit darüber irritiert war, daß die Frage des Sicherheitsvertrages, die von vielen Japanern als eine Art Daseinsfrage angesehen wurde, in der amerikanischen Öffentlichkeit fast gar keine Beachtung fand (S. 70). Es zeigt sich gerade hier, daß der Begriff von der „einen Welt“ so lange ein leeres Schlagwort bleibt, wie wir uns nicht bemühen, den Standpunkt, die Institutionen und die Geschichte anderer Völker zu verstehen. Für die Form, in der dieses geschehen sollte, stellt das vorliegende Buch ein ausgezeichnetes Beispiel dar. Der Verfasser hält es selbst für einen Anfang. Es ist zu hoffen, daß ihm andere in dem Versuch, uns in die politischen Institutionen überseeischer Länder einzuführen, mit derselben Sach- und Landeskennntnis folgen werden.

Dr. Bernhard Großmann, Hamburg

A. RODGER SWEARINGEN

Communist Strategy in Japan, 1945-1960

RAND Memorandum RM - 4348 - PR.
The RAND Corporation, Santa Monica/Cal. 1965, XII, 409 S., \$ 4.

In der Bundesrepublik Deutschland hat man noch immer nicht erkannt, daß die akademische Forschung auch ein Mittel zur Unterstützung politischer Entscheidungen sein kann. Dagegen fördern die Regierungen der führenden Staaten in Ost und West nicht nur die naturwissenschaftliche, sondern auch die sozialwissenschaftliche und länderkundliche Forschung in einem Umfange, dem wir in Deutschland auch relativ nichts Entsprechendes an die Seite zu stellen vermögen. Unter den amerikanischen Forschungseinrichtungen, an die hier zu denken ist, nimmt die RAND-Corporation eine ganz besondere Stellung ein. Sie wird aus dem Haushalt der US-Luftwaffe finanziert und war ursprünglich eine Institution, die technische und strategische Forschungen durchführte. Es zeigte sich aber schon sehr bald, daß bei strategischen Überlegungen nicht von staatsrechtlichen, politischen und sozialen Gegebenheiten abstrahiert wer-